



Einladung

Schutzzölle für den Klimaschutz?!

Die Diskussion um Klima und Handel zwischen Genf (WTO) und Kopenhagen (Klimagipfel)

Donnerstag, **3.12.2009, 18.00 – 20.00 Uhr**
Großer Konferenzraum beim NABU-Bundesverband
Charitéstr. 3, 10117 Berlin

Einstiegsreferat: **Tilman Santarius** (Heinrich Böll-Stiftung/AG Handel des
Forums Umwelt & Entwicklung): **Klima und Handel - worum geht es?**

anschließend Podiumsgespräch mit

Milan Nitzschke (SolarWorld AG)

Lutz Weischer (World Resources Institute, Washington)

Moderation: **Bernd Brouns** (World Economy, Ecology & Development – WEED)

Kurz vor der **Weltklimakonferenz in Kopenhagen** präsentieren sich selbst die Freunde des Freihandels in der Welthandelsorganisation (**WTO**) als Klimaschützer. Sie preisen eine Liberalisierung des weltweiten Handels mit so genannten „Umweltgütern“ und „Umweltdienstleistungen“ als Beitrag zum Klimaschutz. Aber ein anderer Aspekt der Diskussion um ‚Klima und Handel‘ erregt die Gemüter noch viel mehr:

In den USA und auch von einigen Akteuren in Europa – z.B. Frankreichs Staatspräsident Sarkozy - wird die Einführung von „**Klimazöllen**“ gefordert. Diese Zölle sollen vermeintliche oder wirkliche Vorreiter im Klimaschutz vor Billigkonkurrenz im Ausland schützen. Und diese Zölle sollen als Druckmittel dienen, um Schwellenländer wie China und Indien zur Beteiligung am Klimaschutz zu zwingen. Umgekehrt warnen diese Länder natürlich vor einem „**Grünen Protektionismus**“ und verwehren sich entschieden gegen solche Zölle von Seiten der nördlichen Hauptverursacher des Klimawandels.

Auch Stimmen aus der **deutschen Solarbranche** verlangen Schutzzölle, Anti-Dumping-Maßnahmen oder ‚Buy European‘-Regelungen zum Schutz der einheimischen Erneuerbare Energien-Industrien. Sind diese Vorschläge zielführend? Dienen sie wirklich dem Klimaschutz? Sind sie mit den Prinzipien von **Klima- und Ressourcengerechtigkeit** vereinbar?

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen!

Kontakt: Peter.Fuchs@weed-online.org

Gefördert von der InWEnt gGmbH aus Mitteln des BMZ.